

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Plenarwoche des Hessischen Landtags, die hinter uns liegt, stand unter dem Eindruck der Bundestagswahl am 26. September. Das Ergebnis motiviert natürlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Hessischen Landtag: Die Sozialdemokratie kann auch auf Landesebene wieder stärkste Kraft werden.

Tatsächlich, so glaube ich, wird die Sozialdemokratie mehr denn je gebraucht, um unser Land zukunftsfest zu machen und um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Die Corona-Pandemie hat viele Menschen verunsichert und in die Arme derer getrieben, die das Land spalten wollen, um eine andere Agenda durchzusetzen. Aber Lügen, Hass und Hetze dürfen niemals als Mittel der politischen Auseinandersetzung hingenommen werden. Wir müssen sie bekämpfen und jene, die das solidarische

Gemeinwesen vorsätzlich gefährden, in die Schranken weisen. Die Zukunft wird auf Solidarität, Respekt und Mut gebaut – also auf den Werten, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 150 Jahren leben. Mit diesen Werten für das Morgen und gegen die Spaltung der Gesellschaft zu arbeiten – dieser Aufgabe widmen wir uns als SPD-Fraktion mit ganzer Kraft. Wir sind bereit zu gestalten – auch und gerade in Hessen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Nancy Faeser

EINE CHANCE, DIE ZUKUNFT MITZUGESTALTEN

KOMMUNALWAHLRECHT AB 16



„Jugendliche sind weniger politikverdrossen, wenn sie ab 16 Jahren bei Wahlen mitentscheiden können.“

GÜNTER RUDOLPH

„Jugendliche sind politisch denkende Menschen, die einen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leisten. Ein kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren bietet ihnen die Chance, ihre Zukunft mitgestalten zu können“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, über den Gesetzesentwurf seiner Fraktion. Mit 16 verdienen einige Jugendliche als Auszubildende

bereits eigenes Geld, zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Deshalb sollten sie auch in politische Richtungsentscheidungen auf kommunaler Ebene mitbezogen werden. „Der Wille, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen, ist unbestreitbar da“, sagte Rudolph. Mit dem Wahl-

recht ab 16 auf Kommunalebene könnten Jugendliche an die Funktionsweisen des demokratischen Staates herangeführt werden. Elf der 16 deutschen Länder gewährten Jugendlichen bereits das Recht, sich aktiv ab 16 an Kommunalwahlen zu beteiligen. „Wer wählen kann, der merkt, dass er dazugehört. Wer nicht wählen darf, bleibt ausgeschlossen von demokratischer Teilhabe“, sagte

Rudolph und verwies darauf, dass die Landtagsfraktionen der Freien Demokraten, der Grünen und der Linken die Gesetzesinitiative der SPD begrüßt hätten. Lediglich die Fraktionen von CDU und AfD hätten sich gegen eine Senkung des Kommunalwahlalters ausgesprochen. „Die von uns beantragte parlamentarische Anhörung zum Gesetzesentwurf wird bestätigen, dass es keine stichhaltigen Argumente gegen ein Wahlrecht mit 16 Jahren auf kommunaler Ebene gibt. Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit für unseren Gesetzesentwurf und offensichtlich auch im Hessischen Landtag, wenn man den Pressemitteilungen von FDP, Grünen und Linken glauben schenkt. Wir werben deshalb nachdrücklich Unterstützung für unseren Gesetzesentwurf“, so Rudolph.

DEM GANZTAGSAUSBAU FLÜGEL VERLEIHEN

„Wir müssen dem Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen endlich Flügel verleihen“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, in der Debatte. Er forderte einen zügigen Ausbauplan zur Umsetzung einer flächendeckenden und hochwertigen Ganztagsbetreuung an Grundschulen. „Wir brauchen eine Anhörung aller betroffenen Akteure im Landtag, eine Prognose des Bedarfs im Jahr 2026 sowie ein Investitionsprogramm zur Schaffung notwendiger Räume an den Schulen“, sagte Degen und appellierte: „Die Bildung unserer Kinder darf nicht davon abhängen, ob Eltern helfen können oder eine technische Ausstattung zur Ver-

fügung haben. Für Chancengleichheit muss das, was am Vormittag gilt, auch am Nachmittag gelten.“ Der rechtliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, der nach Bundesbeschluss ab dem Schuljahr 2026/27 in Kraft tritt, sei für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbar: „Es kann nicht sein, dass Kita-Kinder einen Anspruch auf Betreuung am Nachmittag haben, Grundschulkindern aber nicht. Das führt dazu, dass Eltern Angst vor der Einschulung ihres Kindes haben, weil sie nicht wissen, wie es betreut werden kann.“ Degen warf der Landesregierung vor, in den vergangenen 20 Jahren beim Ganz-



„Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist wichtig. Das Land muss jetzt die fehlenden 50.000 Plätze an Grundschulen schaffen.“

CHRISTOPH DEGEN

tagsausbau blockiert und verzögert zu haben. „Deswegen fehlen uns nun 50.000 Plätze an Grundschulen, um an fünf Tagen in der Woche jeweils acht Stunden Bildung und Betreuung garantieren zu können.“ Degen forderte das Land auf, bestehende Strukturen zu nutzen, Betreuungsangebote mit „kurzen Wegen für kurze Beine“ zu schaffen und warnte davor, die Kosten an Kommunen weiterzugeben.

EKLATANTER FACHKRÄFTEMANGEL AN KITAS

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



In einer Aktuellen Stunde zum Fachkräftebedarf an Kitas machte die sozial- und familienpolitische Sprecherin Lisa Gnadl auf große Defizite bei der Kinderbetreuung in Hessen aufmerksam. Der Kita-Personalcheck von ver.di und auch der Ländermonitor frühkindlicher Bildungssysteme der Bertelsmann-Stiftung legten einen eklatanten Fachkräftemangel in Hessen offen: demnach fehlten schon heute rund 8.400 Fachkräfte an den hessischen Kitas, bis 2030 wachse die Zahl auf 26.700 an. Zudem leiden die Beschäftigten unter der hohen Belastung – über 44% der Befragten gaben an, temporär mehr als 17 Kinder zu betreuen. „Daran sieht man, wie stark die realen Betreuungsrelationen in der Kita-Arbeitswelt von den gesetzlich vorgegebenen Betreuungsschlüsseln abweichen. Kein Wunder, dass über die Hälfte der Beschäftigten angibt, viel zu wenig Zeit zu haben, um auf die Kinder eingehen zu können. Die Beschäftigten brauchen eine bessere Bezahlung und mehr Aufstiegschancen. Wir müssen die Ausbildungskapazitäten erhöhen, die Ausbildungsbedingungen sowie die Qualifizierungsmöglichkei-

ten verbessern und Investitionsmittel zum Kita-Ausbau bereitstellen und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt“, forderte Gnadl.

AUCH DER LÄNDLICHE RAUM BRAUCHT WOHNUNGSFÜRSORGE

Zur Privatisierung von 26 Wohnungen in der Stadt Schotten äußerte sich die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Elke Barth: „Wohnungsbauminister Tarek Al Wazir hat seine Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugesellschaft nicht im Sinne der Mieter wahrgenommen.“ So habe es – angeblich bedingt durch Corona – keine transparente Ausschreibung, sondern nur ein Angebot an eine „exklusive Freundesliste der Nassauischen Heimstätte“ gegeben. Auch fehle eine Sozialcharta, die die Bewohner vor steigenden Mieten oder längerfristig vor einem Weiterverkauf der Wohnungen schütze. Der Minister negiere zudem die im ländlichen Raum bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt.



RESPEKT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND NATURSCHUTZ

Heinz Lotz kritisierte den Kooperationsvertrag zwischen der schwarzgrünen Landesregierung und den



Landwirtschafts- und Naturschutzverbänden für mehr Natur- und Artenschutz. Dieser bliebe bei weitem hinter den Erwartungen und könne nur als eine Absichtserklärung verstanden werden. „Wir fordern stattdessen Respekt für die Landwirtschafts- und Naturschutzverbände, indem langfristige Kooperationen, mit einem realistisch ausgestatteten Etat zu gutem Umwelt-, Natur- und Klimaschutz führen. Für eine ernst gemeinte Kooperation fordern wir auch eine Anpassung hessischer Gesetze“, so Heinz Lotz.

VERLÄSSLICHE PERSPEKTIVEN FÜR DIE GRUNDSCHULEN

In einer Aktuellen Stunde der FDP zur Förderung kleinerer Grundschulklassen kritisierte Karin Hartmann die Haltung der hessischen Landesregierung: „Kleinere Klassen haben sehr wohl Auswirkung auf den Unterrichtserfolg. Die Landesregierung riskiert mit ihrer Ablehnung die Zukunft der jungen Generation. Die hängt mehr denn je davon ab, dass kein Kind zurückgelassen wird und eine bestmögliche Bildung bekommt.“ Hartmann forderte die Landesregierung auf, ihre Konzepte offenzulegen, damit alle Grundschulen nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch auf die Angebote zugreifen können, und bürokratische Hürden abzubauen. Zudem müsse Schwarzgrün endlich den Widerstand gegen die Mitfinanzierung von echter Schulsozialarbeit aufgeben und diese flächendeckend ermöglichen.



DAMIT AUS VERANTWORTUNG NICHT SCHULD WIRD

AUFNAHMEPROGRAMM FÜR AFGHANISTAN



„Die schwarzgrüne Landesregierung schöpft ihre Möglichkeiten zur Aufnahme Geflüchteter nicht aus und verpasst damit die Chance, Mitmenschlichkeit zu leben“, sagte der Fachsprecher für Flüchtlingspolitik der SPD-Fraktion, Frank-Tilo Becher. In einer aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten, ob und in welcher Form das Land Hessen ein eigenes Aufnahme-

programm für Geflüchtete aus Afghanistan auflegen kann. Da sich die Menschen- und Bürgerrechte in Afghanistan unter dem Regime der Taliban täglich verschlechterten, reichte es nicht aus, dass CDU und Grüne nur abwarteten, wie viele Geflüchtete der Bund dem Land Hessen zuweise: „Mit der Beteiligung am Militäreinsatz in Afghanistan hat Deutschland Verantwortung für die Menschen dort übernommen. Damit steht auch Hessen in der Pflicht, jene zu schützen, die in Afghanistan aus politisch-ideologischen Gründen von Repression, Verhaftung, Folter und Tod bedroht sind“, mahnte Becher und forderte das Land auf, unter anderem eine großzügige Regelung für Familienzusammenführungen zu treffen, die auch Angehörige außerhalb der „Kernfamilie“ berücksichtige.

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG



Zur Vorstellung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung stellte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, zufrieden fest: „Es ist noch nicht lange her, da hat die Landesregierung unseren Gesetzesentwurf mit dem gleichen Ansinnen abgelehnt. Wir freuen uns, dass wir in dieser Sache offensichtlich den Stein ins Rollen bringen konnten.“ Ziel müsse nun sein, mehr Allgemeinmediziner für die Versorgung von Kinder und Jugendlichen und für den Öffentlichen Gesundheitsdienst auszubilden. Sommer blicke nun gespannt auf die Anhörung zu dem Gesetzentwurf im zuständigen Ausschuss.

VERSICHERUNG FÜR GASTRO- UND VERANSTALTUNGSBRANCHE

NEUE CORONA-VERORDNUNG



„Die 2G-Regel sichert für viele Branchen die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs auch im Herbst und Winter“, stellte der

wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, in der Debatte über die Änderung der Corona-Verordnung der Landesregierung fest. Durch die 2G-Regel könnten Restaurants, Bars und Clubs ihre Räumlichkeiten wieder besser nutzen, mehr Gäste beherbergen und so mehr Umsatz machen.

Das gelte auch für viele andere Branchen mit Publikumsverkehr. „Mit der Option auf 2G haben sie die Möglichkeit, mehr Kundschaft

zuzulassen – was für viele Betriebe überlebenswichtig sein dürfte.“ Eckert rief in Erinnerung, dass seine Fraktion bereits im Dezember 2020 gefordert habe, neben der Inzidenz auch die Hospitalisierungsrate als Indikator für die aktuelle Corona-Lage heranzuziehen. Er begrüße daher, dass sich dieses Kriterium nun auch als Bewertungsmaßstab in der Corona-Verordnung der Landesregierung finde. Eckert forderte zudem verbindliche Spuck- und Lolli-Tests in den hessischen Kitas einzuführen, um Infektionen frühzeitig erkennen und eindämmen zu können.

KEINE INVESTITIONEN FÜR DIE ZUKUNFT

„Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2022 ist ambitionslos und weist große Lücken auf. Die politischen Gemeinsamkeiten von CDU und Grünen sind offensichtlich aufgebraucht und der Wille zur Lösung der Zukunftsaufgaben erschöpft“. Mit diesen Worten kritisierte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, im Rahmen der Plenardebatte den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das kommende Jahr. Laut Weiß fehlten Mittel, die etwa für das Erreichen der Klimaschutzziele unerlässlich seien, sowie für Innovationen im Verkehrsbereich. Zudem suche man Investitionsaufstockungen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie nötige Mit-



tel für die Kinderbetreuung vergebens. „Nicht einmal die Lehren aus der Corona-Pandemie sind in Form von Erhöhungen der Landesfinanzierungen bei den Krankenhäusern im Entwurf zu finden“, sagte Weiß. Scharf kritisierte er das Sondervermögen der Landesregierung: „Ein Argument dafür war, dass man damit schnell handeln könne. Dabei sehen wir aus jedem Quartalsbericht aufs Neue, dass das Geld nicht abfließt. Lediglich 7,5 Milliarden Euro von 12 Milliarden Euro sind belegt. Und nicht einmal die können ausgegeben werden.“ Mit Spannung erwarte daher die SPD-Fraktion das Urteil des Staatsgerichtshofes über den „überdimensionierten Schattenhaushalt“ am 27. Oktober 2021.

UNSERE NEUZUGÄNGE



Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat zwei neue Mitglieder: Esther Kalveram und Tanja Hartdegen sind in den vergangenen Monaten in den Hessischen Landtag nachgerückt. Esther Kalveram ist Nachfolgerin von Wolfgang



Decker für die Stadt Kassel, Tanja Hartdegen vertritt den Kreis Hersfeld als Nachfolgerin von Torsten Warnecke. Unsere Fraktion hat nun 16 weibliche und 13 männliche Abgeordnete, eine Quote von 55,18 Prozent.

GRUNDSTEUERGESETZ



In ihrer ersten Rede vor dem hessischen Parlament hat die Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion, Esther Kalveram, die für Wolfgang Decker nachgerückt ist, CDU und Grünen vorgeworfen bei der Reform der Grundsteuer eine Chance verpasst zu haben: „Die Landesregierung hätte die Grundsteuer gerechter, transparenter und einheitlicher gestalten können. Stattdessen verkennt das Hessische Modell komplett den Grundgedanken der Grundsteuer: die Versteuerung des tatsächlichen Wertes eines Grundstückes.“ Kalveram bedauerte, dass Hessen nicht das von Finanzminister Olaf Scholz vorgelegte Modell der Grundsteuer übernommen habe: „Der Gedanke, den Bundesfinanzminister Olaf Scholz in der Grundsteuerreform formuliert hat, lautet: Wertvollere Immobilien gehen mit höheren Grundsteuerzahlungen einher. Der Entwurf der schwarzgrünen Landesregierung erreicht genau das Gegenteil. Das hessische Grundsteuermodell verschont vor allem Eigentümer von wertvollen Grundstücken“, kritisierte Kalveram.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häußl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer,
Leon Schenke.

Bilder:

Stefan Krutsch, Peter Jülich, Hessischer Landtag